

Die Zukunft Groß-Berlins.

Was wird aus Berlin? Niemand, der nach jahrelanger Abwesenheit nun in die Stadt zurückkommt und die ungeheure Veränderung wahrnimmt, niemand, der in ihr wohnt, und der sie liebt — was nicht immer dasselbe ist — kann an dieser Schicksalsfrage vorbeigehen. Das Unglück, das über unser Land und Volk hereingebrochen, scheint dem Gemeinwesen sichtbaren Ausdruck in dem Unglück zu finden, das drohend über Berlin schwebt, wie ein halbes Jahrhundert lang Deutschlands Glück sich in dem neuen Glanze Berlins spiegelte.

Wir wollen den Dingen ins Gesicht sehen und uns keinen Täuschungen hingeben. Mit der Unterschätzung heranwachsender Gefahren haben wir nun genug schlechte Erfahrungen gemacht. Jawohl: es ist sehr wohl möglich, daß die Rolle, die Berlin bis 1914 innehatte, ausgespielt ist; daß mit dem sinkenden Wohlstand und der sinkenden Bedeutung innerhalb des deutschen Staatensystems alle Industrien, Unternehmungen, Organisationen, die sich um den Luxus, den Genuß, die Bereicherung und Verfeinerung des Lebens bemühen, einen erheblichen Rückgang erleiden; daß das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt in Mitleidenschaft gezogen wird.

Es ist nicht schwer, das dunkle Bild, das sich so ergeben würde, bis in die Ecken auszumalen. Aber wichtiger erscheint die Gegenfrage: was wird uns bleiben? An dieser Jahres-, Schicksals- und Weltwende sei es unser Gebot, vorwärts zu blicken. Ohne himmelblaue Illusionen und leichtfertigen Selbstbetrug — doch aufrechten Geistes. Wir haben keine Zeit, Trümmern zu bewohnen; es gilt Neues aufzubauen.

Wir werden ärmer sein an äußeren Gütern. Gewiß, das ist unangenehm. Aber es braucht auch gewiß kein Grund zur Verzweiflung zu sein. „Reichtum schärft nicht.“ Das kann für eine Volksgemeinschaft noch mehr als für den Einzelnen stimmen. Doch ein Glück schlechthin ist der Reichtum auch für sie noch nicht. So wundervoll war das erstaunliche Berlin vor dem Kriege mit seinem krankhaft gesteigerten Ehrgeiz nicht, daß seine Erhaltung an Haupt und Gliedern unter allen Umständen zu wünschen wäre. Wir wandelten zwischen lauter Hypertrophien einher, deren Ungleichheit wir selbst deutlich spürten — wird es nicht eine Gesundung bedeuten, wenn sie verschwinden? Wenn das Ueberbährte, Monströse, Raslose, Jagende und Raffende unseres Stadtlebens, dem sich das Individuelle Leben immer weniger entziehen konnte, aufhört. Es war uns eine Aufwärtsentwicklung beschieden, die Großes brachte; aber sie hatte ein Tempo angenommen, daß wir außer Atem kamen und abgehängt darüber stöhnten. Wie aus der Tiefe geschossen, ungeahnt und unvorbereitet, war plötzlich ein Gewälz von Formen und Dimensionen da, die in gar keinem Verhältnis zu unserm Wesen standen. Wie mußten uns aufplustern, um hineinzupassen. Unsere Arbeit ward wie vom Wüstewind hin- und hergerissen, wir trieben Raubbau an unsern Nerven und hatten Anlaß, den Sinn des Goethewortes zu erkennen: „Genießen macht gemein.“

Die besseren Berliner haben das alles längst vor dem Kriege schmerzhaft empfunden. Damals schon es rettungslos. Man sprach und schrieb darüber, dagegen und sagte sich: es nützt nichts, dieser Strom ist nicht aufzuhalten. Jetzt könnte das Gewitter, das heraufzog, die Stille reinigen, die uns heilkommen machte, und den Schlamm wegspritzen. Das wäre tröstlich. Noch ist es mir nicht sicher, ob es wirklich geschehen wird. Ob der Wetterumschlag tief genug in die Seele der Stadt hinein wirkt.

Es gibt Beurteiler draußen in der Welt, in Deutschland und sogar bei uns selbst, die in der großen Verwilderung der Zeit vor 1914 Sinn und Art der Stadt und des Berlinertums überhaupt zu sehen glaubten. Sie sahen falsch. Es gibt zweierlei Berlin; man hat wohl zu unterscheiden. Das eine ist das Berlin der Kaiserzeit, in dessen üppiger Blüte so viel Phrasen, Lärmglanz und Krampfhaftes war. Aber das war und ist nur eine Hülle für das eigentliche Berlin, das eine Stadt der solidesten Arbeit, der Gewissenhaftigkeit, der Ordnung und der Energie ist; das aus herkömmlich norddeutschem Wesen ein Volkstum von eigenem Umriß erzeugte und ein Symbol ward für die besten Eigenschaften des Preußentums. Denn wenn es auch heute nicht modern ist, vom Preußentum Gutes zu sagen, so wollen wir doch nicht vergessen, was die staatsbildende Kraft und der Willensbegriff dieses merkwürdigen Gebildes für Deutschland geleistet haben. Das kaiserliche Berlin war traditionslos, war sprunghaft gediehen, war ein Agglomerat, kein Stadtindividuum, besaß sich mit häßlichen Bauten und sinnlosen Denkmälern. Das „eigentliche“ Berlin war aus dem märkischen Boden gewachsen, hatte Tradition und logische Entwicklung, hatte eine Seele und ein charakteristisches Antlitz.

Wenn uns der Zwang des Zeitlaufs auf ein Berlin verwies, dem diese feineren, weniger lauten, zurückhaltenderen Züge anhafteten, so brauchen wir das wahrhaftig nicht zu beklagen. Es wäre nur scheinbar ein „Rückschritt“, nur im Sinne des Quantitativen. Was wir dafür eintauschen würden, wäre die Möglichkeit, ein Stadtleben, von gesundem Kern parasitärer Auswüchse, die es überwucherten, zu entkleiden und aus seinen Bedingungen wie denen der Zeit fortzubilden — eine Aufgabe, die jeden ehrlichen Freund Berlins beglücken müßte.

Das alles ist ja schon vorbereitet. Im negativen wie im positiven Sinne. Schon lange vor dem Kriege war, erst gestillert und geräunt, dann unbedenklich hinaustrumpet, der Ruf „Los von Berlin!“ vorhanden. Er wirkte in Dingen des kulturellen Betriebes die immer die besten Gradmesser abgeben, er wirkte auch in wirtschaftlichen Leben, wirkte nach allen Seiten hin und — wirkte Gutes! Er kann, richtig verstanden, — immer vorausgesetzt freilich, daß wir uns nicht ganz verlieren —, auch klüßig für alle Teile und Glieder des Reiches, ja auch für Berlin selbst, Gutes wirken. Was der alten Hauptstadt bleiben wird, was ihr keiner nehmen kann, ist die wichtige Tatsache, daß ein an keinem Punkte Deutschlands so zu finden ist wie hier: „Entwickelte und konzentrierte Arbeitsenergie.“

Doch auch positiv ist vorbereitende Arbeit geleistet. Jenes bessere Berlin war auch im letzten Menschenalter, unter der Hülle, lebendig; unter der Hülle entsfaltete es sogar neue Triebe, und schon zeigte sich ein Weg, wie man die tüchtigen und edlen Elemente seines Wesens systematisch pflegen und zusammenfassen könnte. Aber der Widerstände waren zu viele. Die guten Taten und Absichten wurden überschrien und konnten nicht zu klarem und geschlossenem Ausdruck gelangen. Das galt für den äußeren Anblick der Stadt wie für ihr gewerbliches, ihr künstlerisches, ihr gesellschaftliches und ihr Volksleben gleichermaßen. Jetzt könnte die Zeit gekommen sein, diese Widerstände zu überwinden. Im

eigentlichsten Sinne können wir aus der Not eine Tugend machen. Ein neues Berlin würde aus dem Jammer dieser Jahre emporwachsen, wie wir auf ein neues Deutschland hoffen. In der klärenden, reinigenden Arbeit an uns selbst und unsern eigenen Angelegenheiten würden wir den Stolz und die Kraft erwerben, dem Haß wie dem Mitleid, der Raublust und der Niedertracht der ganzen Welt mit Verachtung zu begegnen und unsere Würde wiederzufinden. Sind wir dazu selbstbewußt und stark genug, dann braucht uns die Frage nach der Zukunft Berlins nicht zu schrecken.

Max Osborn.

Zusammenschluß der Berliner Gemeinden.

Äußerungen der Oberbürgermeister. — Wünsche und Bedenken.

Während der deutsche Politiker die Zukunft recht dunkel verhüllt vor sich sieht, blickt der Gemeindepolitiker Groß-Berlins auf günstigere Entwicklungsaussichten; findet er auch die Lösung der Zusammenschluß-Frage nicht fertig und gebrauchsfähig unter dem Weihnachtsbaum vor, so ist doch der Pfad zu ihr freigemacht, den frühere Regierungsgewalten stets von neuem funktionslos verarmelten. Ueber die Form der kommenden Vereinheitlichung besteht freilich zur Stunde noch eine weitgehende Meinungsverschiedenheit. Die Wege, die für den Zusammenschluß gegangen werden können, haben wir in einem ausführlichen Aufsatz erörtert; es sind ihrer vier: die restlose Eingemeindung der Vororte, die Schaffung einer Gesamtgemeinde unter Wahrung gewisser örtlicher Selbstverwaltungsrechte, die lose Verknüpfung zu einer Provinz Groß-Berlin und schließlich die Schaffung je einer Großgemeinde im Norden, Osten, Süden und Westen. Für die letzte Lösung macht sich in den Vorortgroßstädten, wie sich aus Unterhaltungen unseres my-Schriftstellers mit ihren Oberbürgermeistern ergab, am meisten Neigung geltend. Wir geben hier die Äußerungen der Herren mit der durch den Raum gebotenen Verkürzung der Umriffe wieder.

Der Oberbürgermeister von Charlottenburg, Dr. Scholz,

steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die bisherigen Erklärungen keinen zwingenden Anlaß zum Zusammenschluß erbracht haben. Die Schaffung von vier Großgemeinden, zu denen im Westen außer Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg und den kleineren Orten auch Spandau hinzugezogen werden könnte, würde völlig ausreichen, eine größere Einheitlichkeit zu erzielen und doch den Wettbewerb, der vor allem den Fortschritt der Gemeinden in ihrer Sozialpolitik, im Steuer-, Schul-, Krankenwesen wie in ihrer ganzen Entwicklung überhaupt, herbeigeführt habe, erhalten. Natürlich müßte ein Zusammenschluß zwischen Berlin und den Großgemeinden in allen gemeinsamen Aufgaben (Wohnungsfürsorge, Arbeitsbeschaffung, Verkehr usw.) angeordnet und durch einen Lastenausgleich zwischen den wirtschaftlich starken und schwachen Gliedern des Groß-Berliner Gebietes getätigt werden, was aber unter fünf Gemeinden sehr viel leichter erreichbar wäre als unter einigen Dutzenden. Dieser Zusammenschluß würde ohne Zwang erfolgen; käme es aber zu einer organisierten Verknüpfung, so würde Oberbürgermeister Scholz die völlige Eingemeindung jeder anderen Lösung vorziehen, da auch eine Gesamtgemeinde mit örtlicher Dezentralisation trotz dieser schonenden Neuheitlichkeit das Eigenleben der Gemeinden, ihre Verantwortlichkeiten, ihre, ohne doch die Zentralisierung beseitigen zu können. Unter der Mitwirkung des A. u. S.-Rates haben die Gemeindearbeiten nicht zu leiden gehabt.

Der Oberbürgermeister von Schöneberg, Dominicus,

ist seit vielen Jahren für ein völliges Aufgehen der Vororte in Berlin eingetreten; zur Werbung für dieses hat er auch den Bürgerausschuß ins Leben gerufen. Neuerdings neigt Ausschuß wie Oberbürgermeister Dominicus selbst, mehr zur Schaffung einer Gesamtgemeinde, die den Einzelgliedern gewisse Selbstverwaltungsrechte beläßt, aber über ihnen eine Körperschaft mit Kompetenz-Kompetenz aufbaut, so daß sie also ihren Zuständigkeitskreis selbst bestimmen kann. Mit ihr wäre ein allmählicher Uebergang zu einem einheitlichen Groß-Berlin erreicht, das heute kulturell, wirtschaftlich und baulich schon völlig zusammenhängt.

Der Oberbürgermeister von Wilmersdorf, Habermann,

betonte, daß er, wie der Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt, nach wie vor gegen jede Form der Eingemeindung sind. Dagegen würde man in Wilmersdorf die schon Jahre vor dem Kriege angeregte Schaffung einer geschlossenen Vorortgroßstadt im Westen, der außer den Städten Glognitz, Friedenau, Schmargendorf, Dahlem, Grunewald angehören könnten, auch heute noch für einen Fortschritt halten. Natürlich müßte eine gleiche Gebilde an den anderen Grenzen Berlins geschaffen und mit diesem zu einem losen Verbande zusammengeschlossen werden, der einen einheitlichen Steuer- und gleichmäßige Bearbeitung der Hausaufgaben wie Schul-, Armen-, Wohnungs-, Kranken-, Haus-, Gas-, Wasser-, Elektrizität, Verkehr, Freizeitanlagen, Pflanzungspläne herbeiführen hätte — wieweit auch die Durchführung des Lastenausgleichs, die Oberbürgermeister Habermann freilich lieber für das ganze Reich einheitlich geregelt sähe. Die Erhaltung der Eigenart der Einzelgemeinden erscheint ihm im übrigen zum Wohl der Bürger als unerlässlich.

In Wilmersdorf, das bisher nur zwei sozialdemokratische Stadtverordnete hatte, u. a. den jetzigen Minister des Innern, Preußens, hat der A. u. S.-Rat zwar das neue Erbrecht des Preußens mit Beschluß bezeugt, aber sonst keine Störung der Gemeindegeschäfte verursacht.

Der Bürgermeister von Neukölln, Dr. Mann,

äußerte folgendes: „Der Standpunkt Neuköllns ist immer der gewesen, daß eine günstige Entwicklung der Gemeinden nur bei weiterer Aufrechterhaltung voller Selbstständigkeit erwartet werden kann. Diesem Zustand entsprechend sind auch alle Einrichtungen und Maßnahmen der Verwaltung darauf getroffen worden, daß unsere Gemeinde unter Wahrung ihrer kommunalpolitischen Grundzüge für alle Zukunft als selbständige fortbestehen könnte. Der unerwartete Ausgang des Krieges hat Veränderungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen, so auch in unserer Gemeinde, die mehr als andere Gemeinden Groß-Berlins durch die veränderten Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen ist. Wenn unter dem Einfluß dieser veränderten Verhältnisse wollen Kreise ein Zusammenschluß mit Berlin und anderen Gemeinden wünschenswert erscheint, so können diese Bestrebungen nur da in verstanden werden, daß unbedingt vor der Zusammenlegung der Gemeinden über die Art der weiteren Erledigung der Verwaltungsgeschäfte Klarheit geschaffen, die Bürger über die für die innere Entwicklung des einzelnen Gemeindeglieds künftig zu folgender Grundsätze voll beruhigt und die Freude an dem bisher Geschaffenen auch fernerhin bei tätiger Mitarbeit aller gemeindlich und örtlich interessierten Kreise aufrechterhalten wird. Die reine Zentralisation könnte zu großem Unfug werden.“

Die Zusammenstöße zwischen dem Neuköllner Magistrat und dem Spandauer sind bekannt; nach ihrem etwas gewalttätigen Ende ist endlich Ruhe eingeleitet.

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg, Zietzen,

erklärte, daß über die Frage Groß-Berlin in Lichtenberg eine einheitliche Auffassung nicht besteht. Er selbst hält die Schaffung der Großgemeinden, der ja Lichtenberg durch die Eingliederung von Karlshorst und Friedrichsfelde schon vorgearbeitet hat, für wünschenswert, wenn es gelingt, den Lastenausgleich zwischen West und Ost, den reichen und armen Gemeinden, so zu gestalten, daß den letzteren nicht ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit verkümmert wird; sollte das nicht erreichbar sein, so erscheint auch Oberbürgermeister Zietzen die Eingemeindung nach Berlin unvermeidlich. Auf jeden Fall legt er Wert darauf, daß im Hinblick auf kommende Entwicklungen das Eingemeindungsgebiet nicht zu eng umgrenzt wird, sondern ausreichendes Hinterland behält. In Lichtenberg, das wie Neukölln ausgesprochene Arbeiterstadt ist, sind keine Streitigkeiten zwischen dem Volkskommissar des A. u. S.-Rates, die im Magistrat und in den Ausschüssen Aufsichtsbefugnisse haben, vorgekommen; der A. u. S.-Rat hat sogar einmal recht verblüffend eingegriffen, indem er eine vom Magistrat beschlossene Steuererhöhung für die Beamten und Arbeiter erst strich und dann auf die Hälfte beschränkte.

Der Oberbürgermeister von Spandau, Koelze,

wandte sich aufs Schärfste gegen jeden Versuch, Spandau an Berlin zu ketten. Ein Zusammenhang sei höchstens durch die Schaffung einer Provinz Groß-Berlin herzustellen — sonst sträube sich Spandau entschieden zu Groß-Berlin, mit dem es gar keine bauliche Verbindung hat, gezählt zu werden. Es habe auf jedem Gebiet, wie im Wohnungswesen und im freizeitanlagen-Schul-, im Verkehr wie in der Arbeitsbeschaffung für seine Bürger gesorgt, und es habe in gesunder Entwicklung seiner Wirtschaftslage eine ständige Besserung der Steuern durchzuführen können. Jeder Zusammenschluß mit Berlin würde die Vorortbewohner ihrer Gemeinde entfremden und ihre Anteilnahme an den örtlichen Angelegenheiten vernichten. Geheimrat Koelze verwies noch auf die Einspruchsschrift der Spandauer städtischen Körperschaften gegen eine Eingliederung in Groß-Berlin; die Stadt verwahrt sich dagegen im Ton eines stolzen Sonderlings und sagt: „An der Entwicklung der kommunalen Verhältnisse Groß-Berlins hat die Stadtgemeinde Spandau gar kein Interesse. Wie sich das Verhältnis der Stadt Berlin zu den engeren Vororten d. h. den 6 Stadtkreisen und den großen Vorortgemeinden der beiden Landkreise gestaltet, ist für die Stadt Spandau ohne Bedeutung, und ebenso kann es für die genannten Vororte ohne Wert sein, wie die Stadt Spandau sich entwickelt.“

Die Leiter der sechs Vorortgroßstädte haben also über die Zukunft Groß-Berlins recht verschiedene Ansichten, die schwerlich unter einen Hut zu bringen sein werden. Aber das ist auch garnicht nötig; es kommt nur darauf an, eine Form der Vereinigung zu finden, die bei straffen Zusammenwirken doch nicht das örtliche Leben und die in ihm wirkenden geistigen und feelischen Kräfte erstickt. Gelingt das, so werden sich auch die jetzigen Gegner des Zusammenschlusses überzeugen lassen, daß ihre Befürchtungen übertrieben waren. Von der Lösung dieser Frage der Dezentralisation in der Zentralisation, hängt die Entwicklung des Groß-Berliner Betriebes entscheidend ab.